

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 05.07.2005  
im Rathaus Stadt Bocholt, Berliner Platz 1, Ratssaal

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

#### Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Frau Marlies Jünck	46325 Borken	Vertretung für Herrn Markus Jasper
Frau Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	Vertretung für Herrn Johannes Maus
Herr Josef Leinen	48712 Gescher	Vertretung für Frau Gerda-Marie Möller
Frau Elisabeth Lindenhahn	46348 Raesfeld	
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Björn Poleschner	46325 Borken	ab TOP 2
Herr Josef Schleif	46354 Südlohn	Vertretung für Herrn Dietmar Eisele
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp  
Herr Reinhard Groschke  
Frau Annette Scherwinski  
Frau Susanne Lökes  
Herr Jürgen Ahlte  
Frau Doris Gausling

#### Gäste/Referenten:

Herr Bernd Hagmayer, Erster Stadtrat und Sozialdezernent der Stadt Bocholt  
Herr Franz-Josef Tacke, Leiter des Fachbereiches Soziales der Stadt Bocholt  
Herr Beese, Leiter des Service-Punktes Arbeit Bocholt  
Herr Klein-Schmeink, EWIBO Bocholt

## **Erledigung der Tagesordnung:**

### **Punkt 1: Begrüßung**

---

Herr Hagmayer begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung und erklärt, dass das Interesse des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit, sich umfassend vor Ort über die Arbeit des „Service-Punkt Arbeit“ der Stadt Bocholt zu informieren, von den Mitarbeiter/innen sehr positiv aufgenommen worden sei.

Herr Hagmayer wünscht den Anwesenden eine informative und erfolgreiche Sitzung.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Einladung der Stadt Bocholt, im Rathaus tagen zu können und über die Arbeit des „Service-Punkt Arbeit“ vor Ort informiert zu werden.

Er begrüßt die Teilnehmenden, insbesondere Herrn Tacke und Herrn Beese von der Stadt Bocholt, Herrn Klein-Schmeink von der EWIBO und die Pressevertreter.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Der Ausschuss benennt Frau Gausling zur stellvertretenden Schriftführerin.

### **Punkt 2: Vorstellung und Besichtigung des "Service-Punkt Arbeit" der Stadt Bocholt**

---

Berichterstatte: Herr Beese, Leiter „Service-Punkt Arbeit“ der Stadt Bocholt  
Herr Klein-Schmeink, EWIBO

Herr Beese informiert über die Organisationsstruktur des „Service-Punkt Arbeit“ der Stadt Bocholt sowie über die Entwicklung der Fallzahlen (Die gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt).

Im Rahmen der anschließenden Diskussion thematisiert Frau Pohl die Diskrepanz zwischen Ist-Fallzahlen und Soll-Fallzahlen zu den Bedarfsgemeinschaften SGB II. Herr Ahlte macht deutlich, dass die Schätzungen des Kreises hinsichtlich des Übergangs von Leistungsbeziehern des BSHG zum SGB II auf der Grundlage fundierter Daten erfolgt ist. Die enormen Abweichungen zu den Plandaten seien auf die ungenauen Angaben der Agentur für Arbeit zurückzuführen.

Im Anschluss an die Diskussion besichtigen die Anwesenden den „Service-Punkt Arbeit“, wobei Herr Beese und Herr Klein-Schmeink aufkommende Fragen umfassend beantworten. Sehr begrüßt wurde die außerordentlich gute Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der Stadt Bocholt und den Mitarbeitern der Arbeitsagentur.

Zurück im Rathaus der Stadt Bocholt bedankt sich Herr Stilkenbäumer für die sehr informative Vorstellung und Besichtigung des „Service-Punkt Arbeit“.

**Punkt 3: Umsetzung SGB II - Sachstandsbericht**  
**Vorlage: 0176/2005**

---

Berichterstatte: Herr Ahlte

Herr Ahlte berichtet über den Sachstand zur Umsetzung des SGB II im Kreis Borken. Dabei weist er insbesondere auf die enorme Steigerung der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften hin. Von Januar 2005 bis Juni 2005 habe sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Borken von 7.363 auf 9.170 und damit um 25 % erhöht. Diese Entwicklung finde ihre Ursache in erster Linie in der unerwartet hohen Zahl der übernommenen Fälle von der Agentur für Arbeit. Es sei vorgesehen, ab Juli 2005 alle Fälle der Agentur für Arbeit in die Zuständigkeit der Service-Punkte Arbeit der Städte und Gemeinden zu übernehmen.

Weiterhin erklärt Herr Ahlte, dass sich die Kosten der Unterkunft (KdU) hingegen im Rahmen der Plandaten bewegen. Die tatsächlichen Unterkunftskosten pro Fall seien niedriger als die kalkulierten Kosten. Jedoch sei vor dem Hintergrund der weiter steigenden Fallzahlen nicht davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz 2005 von 29,6 Mio. eingehalten werden könne. (Die gezeigten Folien sind als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt).

Auf Nachfrage von Frau Schulte, ob Sonderprogramme für Ältere bekannt seien und deren Nutzung beabsichtigt sei, berichtet Frau Lökes über zwei im Rahmen der "Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen" aktuell aufgelegte Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Mit dem Ideenwettbewerb "Wettbewerb der Konzepte" sollen bundesweit 50 innovative, regionale/lokale Eingliederungskonzepte für ältere Langzeitarbeitslose (Ü 50) mit jeweils bis zu 5 Mio. € gefördert werden. Die Bundesregierung verfolge mit diesem Wettbewerb das Ziel, die regional vorhandenen Kompetenzen, Ideen und Strukturen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei der Personengruppe der besonders schwer vermittelbaren älteren Langzeitarbeitslosen zu mobilisieren. Frau Lökes sicherte zu, dass der Kreis Borken an diesem Wettbewerb teilnehmen werde. In Zusammenarbeit mit verschiedensten Akteuren im Kreis Borken werde der Konzeptvorschlag trotz enger Zeitschiene rechtzeitig erstellt und in einem Umlaufverfahren den Mitgliedern des SGB II-Beirates zur Erteilung des regionalen Konsenses übersandt.

Frau Lökes berichtet weiter, dass mit der Initiative „50.000 Zusatzjobs für Ältere“ bei älteren Arbeitslosen auf das regelmäßig langjährig erworbene berufliche Potenzial zurückgegriffen und eine gesellschaftlich anerkannte Alternative zur Arbeitslosigkeit geschaffen werden soll. Dabei soll die Beschäftigungsalternative nach Möglichkeit mit einem sinnvollen Übergang in die Altersrente verbunden sein. Zielgruppe der Initiative seien arbeitslos gemeldete Bezieher von Arbeitslosengeld II ab vollendetem 58. Lebensjahr. Für diese Personen soll Beschäftigung im Rahmen von Zusatzjobs bis zu dem Zeitpunkt gefördert werden, zu dem sie eine abschlagsfreie Rente beziehen können.

Im Kreis Borken soll die Inanspruchnahme dieser Förderung vorsichtig angegangen werden. Zum einen bestehe zur Zeit noch die Regelung, dass Arbeitslose ab 58. Lebensjahr nicht zu Integrationsmaßnahmen verpflichtet werden können, und zum anderen sei zu beachten, dass auch die Arbeitsgelegenheiten im Rahmen dieses Programms den Erfordernissen von Zusatzjobs gerecht werden müssen. Beim weiteren Ausbau der Zusatzjobs sei insbesondere die Gefahr der Verdrängung von Arbeitsplätzen zu berücksichtigen.

Dem Kreis Borken seien in einer ersten Stufe des Programms insgesamt 71 förderfähige Plätze zugewiesen. Kreisweit soll nun zunächst überprüft werden, wie viele Langzeitarbeitslose über 58 bereits jetzt im Rahmen von Zusatzjobs tätig sind, um dann die weitere Vorgehensweise zur Nutzung des Programms festzulegen.

Frau Lökes sagt zu, die angefragten Erfolgszahlen der Vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung (VÜ) durch die Personal-Service-Agentur (PSA) Bocholt/Borken GbR mit dem Protokoll nachzureichen:

Antwort:

*Während des Betriebes der PSA Bocholt/Borken GbR vom 01.07.2003 bis zum 30.04.2005 lag die Verleihquote bei insgesamt 67,7 %. Von den 201 eingetretenen Personen sind 159 Personen wieder ausgetreten, wobei 109 Personen und damit 68,6 % in Arbeit vermittelt werden konnten.*

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des SGB II im Kreis Borken zustimmend zur Kenntnis.

**Punkt 4: Begleitende Fragebogenaktion an die ALG II-Empfänger zur Aufdeckung von Defiziten  
Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2005  
Vorlage: 0170/2005**

---

Berichterstatter: Herr Poleschner

Herr Poleschner erläutert den Antrag der FDP-Fraktion und bittet um die Einführung einer ständigen Befragung von ALG II-Empfängern zur Aufdeckung von Defiziten.

Herr Ahlte informiert darüber, dass die Optionskommunen bereits in Überlegungen zur Einführung eines gemeinsamen Controlling- und Benchmarkingsystem eingestiegen sind. Damit verbunden sei das Ziel eines nachhaltigen Qualitätsmanagements.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Vorschlag, den Antrag auf das Jahr 2006 zu vertagen, abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit vertagt den Antrag der FDP-Fraktion auf Einführung einer begleitenden Fragebogenaktion auf das Jahr 2006.

**Punkt 5: Projekt "Leben im Alter neu denken" - Auswahl der Angebote aus dem Teilprojekt III "Ältere Menschen mit Demenz"**  
**Vorlage: 0173/2005**  
**- Ergänzung der Sitzungsvorlage 0173/2005**  
**Vorlage: 0185/2005**

---

Berichterstatter: Frau Gausling

Frau Gausling informiert, dass im Rahmen des Projektes „Leben im Alter neu denken“ zu dem Teilprojekt III „Ältere Menschen mit Demenz“ insgesamt sieben Angebote abgegeben worden seien. Die Lenkungsgruppe schlage dem Ausschuss auf der Grundlage des abschließenden Bewertungsergebnisses und unter Berücksichtigung des Finanzrahmens von 100.000 Euro je Teilprojekt vor, die Angebote der Plätze 1 – 4 mit einem Gesamtvolumen von 95.933,27 Euro zu finanzieren. Die Angebote und Bewertungen seien der nachgesandten Vorlage zu entnehmen.

Frau Gausling berichtet zudem über die erfreuliche Nachricht der Sparkassenstiftung für den Kreis Borken, die besondere Auszeichnung Innovation im Jahr 2005 mit 20.000 Euro zu finanzieren.

Herr Daberkow bittet, für die künftige Auswahl von Projektvorschlägen die Preise näher zu begründen.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf bezüglich der ausgewählten Angebote abstimmen:

**Beschluss:** einstimmig

Im Rahmen des dritten Teilprojektes „Ältere Menschen mit Demenz“ werden folgende Angebote ausgewählt:

1. Caritasverband für das Dekanat Borken e.V. in Kooperation mit dem Wissenscenter im Gesundheits- & Sozialwesen TRANSFER aus Dülmen mit der Idee „Zeitintensiver Betreuungsdienst“ zum Preis von 24.184,79 Euro,
2. Beratungs- und Betreuungsstelle des Caritas-Senioren-Service Stadtlohn mit der Idee „Beratung und konkrete Entlastungsangebote“ zum Preis von 45.000 Euro,
3. Alten- und Pflegeheim Käthe-Kollwitz-Haus Bocholt in Kooperation mit dem Ev. Gemeindehaus „Wichernhaus“ Bocholt-Stenern mit der Idee „Begegnungsstätte“ zum Preis von 3.000 Euro und
4. Caritasverband für das Dekanat Bocholt e.V. in Kooperation mit den Pfarrgemeinden St. Gudula und Hl. Familie in Rhede sowie den Seniorenheimen Haus St. Hildegard in Rhede und St. Elisabeth-Haus in Isselburg mit der Idee „Café Kleeblatt“ zum Preis von 23.748,48 Euro.

**Punkt 6: Hauptamtliche Familienpflege im Kreis Borken**  
**Vorlage: 0174/2005**

---

Berichterstatter: Frau Gausling

Frau Gausling gibt eine Zusammenfassung der Sitzungsvorlage und weist insbesondere auf die vorrangige Leistungsverpflichtung der Krankenkassen gem. § 38 SGB V hin.

Herr Daberkow unterstreicht die Sachlichkeit des Berichtes und befürwortet ausdrücklich die vom Kreistag getroffene Entscheidung, sich sukzessive aus der Förderung der hauptamtlichen Familienpflege zurückzuziehen. Der Kreis Borken sei aufgrund des Ausfallens der Landesmittel stärker in die Förderung eingestiegen, könne jedoch nicht dauerhaft für eine finanzielle Absicherung der hauptamtlichen Familienpflege verantwortlich gemacht werden. Die vorrangige Zuständigkeit liege bei den Krankenkassen und nicht beim Kreis.

Frau Schulte sieht es als Aufgabe des Kreises, für den Erhalt der hauptamtlichen Familienpflege zu sorgen. Durch den Ausfall der haushaltsführenden Person – i.d.R. sei dies die Mutter – komme es zu besonderen Belastungssituationen, die eine qualifizierte Hilfe erfordern und nicht von nebenamtlich Beschäftigten geleistet werden können. Frau Schulte fragt nach Fallzahlen zur Bezahlung von Haushaltshilfen aus Mitteln der Jugendhilfe.

Frau Gausling sagt zu, die angefragten Fallzahlen im Protokoll nachzureichen.

Antwort:

*Im Jahr 2004 wurden keine Haushaltshilfen gem. § 20 SGB VIII gewährt und im Jahr 2005 wurde bisher eine entsprechende Hilfe eingerichtet. Diese Form der Hilfestellung ist möglich, wenn der Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes (unter 14 Jahre) übernommen hat, ausfällt und ein Anspruch auf Haushaltshilfen gem. § 38 SGB V nicht besteht.*

*Im Jahr 2004 wurde für zwei Familien im Kreis Borken Familienpflege in Verbindung mit der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) gem. § 31 SGB VIII gewährt. Die Hilfen werden bis heute fortgesetzt. Im Jahr 2005 kam bisher eine weitere SPFH mit Familienpflege hinzu. Die SPFH ist eine Hilfe zur Erziehung, so dass die vorrangige Prüfung des SGB V nicht zum Tragen kommt.*

Vorsitzender Stilkensbäumer lässt über den einvernehmlich geänderten Beschlussvorschlag, den Bericht über die Entwicklung der hauptamtlichen Familienpflege im Kreis Borken von Januar 2004 bis Mai 2005 nicht zustimmend, sondern nur zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen. Ergänzt wird der Beschlussvorschlag um den Auftrag an die Verwaltung, die Möglichkeit einer Landesförderung für das Jahr 2006 zu prüfen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht über die Entwicklung der hauptamtlichen Familienpflege im Kreis Borken von Januar 2004 bis Mai 2005 zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit einer Landesförderung für das Jahr 2006 zu prüfen.

**Punkt 7: Statistik der Sozialhilfe 2003/2004 und der Grundsicherung 2004**  
**Vorlage: 0083/2005**

---

Berichterstatter: Herr Ahlte

Herr Ahlte berichtet über die Entwicklung der Fallzahlen und Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit. (Die gezeigten Folien sind als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt).

Frau Schulte äußert die Bitte, Ende des Jahres die Anzahl der Kinder mitzuteilen, für die im Jahr 2005 SGB II-Leistungen gezahlt wurden.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Statistik der Sozialhilfe 2003/2004 und die Statistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2004 zur Kenntnis.

**Punkt 8: Geschäftsbericht 2004**  
**Vorlage: 0177/2005**

---

Berichterstatter: Herr Groschke  
Frau Scherwinski

Auf Nachfrage von Frau Schulte zur Förderung der Kurzzeitpflegeeinrichtung Gronau aus Mitteln der Budgetrücklage verweist Herr Haßenkamp auf die Haushaltsberatungen 2006, im Rahmen derer eine Dauerlösung diskutiert werden müsse.

Anschließend lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Geschäftsbericht 2004 bezüglich der Budgets 01 – Soziales – und 04 – Gesundheit - zustimmend zur Kenntnis.

**Punkt 9: 1. Controllingbericht 2005 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -  
Vorlage: 0178/2005**

---

Berichterstatter: Herr Groschke  
Frau Scherwinski

Ohne vorangegangene Diskussion lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 30.04.2005 zur Kenntnis.

**Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Herr Groschke teilt mit, dass aufgrund der Vielzahl der Anfragen das Thema „Angemessenheit der Unterkunftskosten“ in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Frau Scherwinski berichtet über die Kundenbefragung zur Qualität der Suchtberatungsstelle in der Zeit vom 17.01 bis 17.06.2005. Die Frage „Würden Sie die Suchtberatungsstelle weiter empfehlen?“ wurde von 95 % der Personen, die sich an der Fragebogenaktion beteiligten, mit „Ja“ beantwortet. Es sei vorgesehen, in der nächsten Ausschusssitzung ausführlich über die Ergebnisse der Kundenbefragung zu berichten.

Herr Haßenkamp teilt mit, dass die übernächste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 06.12.2005 auf den 10.01.2006 verschoben worden sei.

**Punkt 10.1: Kommunale Gesundheitskonferenz**

---

Frau Scherwinski informiert, dass die Kommunale Gesundheitskonferenz eine Arbeitsgruppe eingesetzt habe, die basierend auf den Studienergebnissen zum missbräuchlichen Alkoholkonsum Handlungsempfehlungen zur Sensibilisierung der Bevölkerung erarbeite.

Außerdem sei beschlossen worden, ein Impfmobil anzumieten. In Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten soll das Impfmobil dazu genutzt werden, über notwendige Impfungen aufzuklären und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Das Impfmobil sei für Mai 2006 für den Kreis Borken reserviert.



**Punkt 10.2: Kreispflegekonferenz**

---

Die Kreispflegekonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

**Punkt 11: Anfragen**

---

Frau Lindenhahn fragt an, ob es richtig sei, dass sich der Kreis Borken aus der Förderung von Personalkosten für die Seniorenberatung der Stadt Bocholt zurückgezogen habe.

Herr Haßenkamp erklärt, dass der Kreis Borken nie an einer Personalkostenförderung für Seniorenarbeit der Stadt Bocholt beteiligt gewesen sei.

Vorsitzender Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

---

Wilhelm Stilkenbäumer

---

Doris Gausling

<b>V 2</b>	<b>FBL 53</b>	<b>FBL 50</b>